

**Antrag 196/I/2019****KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Verantwortliche deutsche Außenpolitik heißt auch zu wissen, wann es sich zurückzuhalten gilt!**

1 Wir fordern die SPD Mitglieder der Bundesregierung  
 2 und im Speziellen den sozialdemokratischen Außenmi-  
 3 nister dazu auf, ihre Unterstützung für die Anerkennung  
 4 einer venezolanischen Gegenregierung zurückzuziehen  
 5 und sich fortan sowohl mit Ratschlägen als auch mit di-  
 6 plomatischer Umsturzhilfe bedeckt zu halten.

7

**8 Begründung**

9 Es ist schade, dass im Gegensatz zum Vorgehen deutscher  
 10 Außenpolitik mit dem mindestens zwielichtigen Regime  
 11 im Iran, die Bundesregierung im Falle Venezuelas ohne er-  
 12 kennbare eigene oder abweichende Position den interes-  
 13 sengeleiteten Vorgaben der amerikanischen Sicherheits-  
 14 berater und des amerikanischen Vizepräsidenten blind  
 15 Folge leistet. Den USA und vor allem ihrer derzeitigen  
 16 Regierung, sind im erdölreichsten Land der Erde, die La-  
 17 ge der Menschenrechte oder ein Erhalt bzw. Aufbau von  
 18 Demokratie- und Freiheitsrechten keinen Pfifferling wert.  
 19 Der noble Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschen-  
 20 rechte, das auf Grundlage der Eisenhower Doktrin wie ein  
 21 Mantra vor amerikanischer Außenpolitik getragen wurde,  
 22 kann in der Rückschau in den seltensten Fällen ernst ge-  
 23 nommen werden. Rückblickend wird bewusst, dass jegliche  
 24 Vorstöße amerikanischer Außenpolitik unter diesem  
 25 Banner, einzig und allein die wirtschaftlichen Interessen  
 26 der USA und in breiterem Sinne die Gesamtinteressen des  
 27 (internationalen) Kapitals durchzusetzen versucht(e).

28

29 Für die so „unterstützten“ Bevölkerungen hieß dies ei-  
 30 ne Marionettenregierung vorgesetzt zu bekommen. Nach  
 31 außen sichert diese den ökonomischen Zugang der USA,  
 32 mit mindestens fragwürdigen positiven Entwicklungen  
 33 für die nun „freien und demokratischen“ Gesellschaften.  
 34 Nach innen, machten es sich nicht wenige dieser instal-  
 35 lierten Regierungen zur Aufgabe brutal und desillusionie-  
 36 rend jedwede Kämpfe gegen bereits herrschende oder er-  
 37 wachsende soziale Missstände nachhaltig zu brechen. Ziel  
 38 war und ist es dabei immer (gewesen) soziale oder sozia-  
 39 listische „Bedrohungen“ gegen die Eigentumsinteressen  
 40 der Klasse der internationalen Kapitalisten im Keime zu  
 41 ersticken. Mit bis heute nachhallenden Folgen für diese  
 42 Bewegungen überall in der Welt und mit teilweise tragi-  
 43 schen Auswirkungen für die „befreiten“ Völker.

44

45 Nicht allzu weit entfernt von Venezuela erinnern sich die  
 46 Chileninnen und Chilenen noch sehr genau daran, wie  
 47 viel besser es ihnen ging, als die Amerikaner sie von der  
 48 Regierung des Genossen Allende befreiten und sie an-  
 49 statt dessen mit dem Joch des Faschismus „beglückten“.

Wir fordern die SPD Mitglieder der Bundesregierung dazu  
 auf, für geordnete demokratische Prozesse, unter Beach-  
 tung des Selbstbestimmungsrechts, einzusetzen.

50 Die Ölgier der Amerikaner darf nicht Richtschnur deut-  
51 scher Außenpolitik sein! Die Einmischung Deutschlands  
52 an der Seite der USA ist daher nicht nur unangebracht,  
53 sondern im Lichte der offensichtlichen wirklichen Interes-  
54 sen der Amerikaner und den Erfahrungen mit solchen Re-  
55 gierungswechseln unverantwortlich !